

politik

Format 19/11

Die wichtigsten News der Woche im Überblick

Unwille bei Transparenz

Seit 1. März gibt es das neue Gleichbehandlungsgesetz – eigentlich. Alle Firmen sollten seither unabhängig von ihrer Größe in ihren Stelleninseraten transparent machen, wie viel Lohn sie zumindest zahlen wollen. Kurzfristig sollen Frauen damit besser einschätzen können, ob sie im Vergleich zu Männern unterbezahlt werden. Und langfristig soll sich die Einkommensschere von aktuell 18 Prozent weiter schließen. Eigentlich. Denn nach den FORMAT vorliegenden Informationen zeigt sich, dass sich Unternehmen in mehr als 90 Prozent der Stellenausschreibungen nicht an das Gesetz halten. Der Klagsverband zur Durchsetzung der Rechte von Diskriminierungsopfern erhob in den letzten zehn Wochen, dass nur jedes zehnte Inserat die erforderlichen Angaben zum Mindestgehalt mit der genauen Einstufung im Kollektivvertrag und zur Bereitschaft zur Überbezahlung enthält. Viele Unternehmen warten ab. Der Grund: Das Gesetz sieht erst ab 2012 Strafen vor – auch dann nur in der Höhe von 360 Euro. Und die Bewerberinnen haben erst dann die Möglichkeit, säumige Firmen anzuzeigen. „Viele Firmen können offenbar mit Recht, das nicht sofort Strafen vorsieht, nicht umgehen“, bedauert Volker Frey



LOHNTRANSPARENZ. Frauen verdienen oft weniger als ihre männlichen Kollegen – ohne davon zu wissen. Firmen sollten Löhne in Inseraten transparent machen, vom Klagsverband. Nur wenige, wie zum Beispiel die Firmen Mondy, die Rewe Group oder die OMV, seien vorbildlich: „In OMV-Inseraten gibt es von Beginn an transparente Angaben zu den Löhnen.“ Und ein Gehaltsspielraum, wie in einem Inserat von Penny-Markt, wäre für die BewerberInnen zwar die optimale Orientierung. Er wird aber vom Gesetzgeber nicht verlangt.

Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosekl will das Gesetz zwar nicht ändern, schließlich sei es mit beiden Sozialpartnern abgestimmt und die jetzige Form der Kompromiss für beide Seiten. Es brauche auch weder raschere noch höhere Strafen, aber: „Ich werde wieder unbehaglich sein und darauf aufmerksam machen, dass es ein schlechtes Licht auf die Wirtschaft wirft, wenn sie sich nicht für Gleichbehandlung der Geschlechter einsetzt.“